



SPD

Steife Brise



Windrichtung im Mai und Juni:

Aktuell

Antrags-
arbeit

Seite 3

Olympia-
Debatte

Zwei Genossen
schreiben

Seite 4-7

Analyse

UK Wahlen
&
Lehren für
die SPD
Seite 8-9

Dies & Das

Geburtstage,
Termine und
Kontakte

Seite 10-11

Verschiedenes

TO der DMV
&
Sommerfest

Seite 12

Werde Freund von
E-Süd auf **Facebook!**

Suche: „SPD Eimsbüttel Süd“
und sende eine
Freundschaftsanfrage

www.spd-eimsbuettel-sued.de

Einladung zur Mitglieder- versammlung

Dienstag 30.6.2015

19:30 Uhr

Kreishaus, 5. Stock

Tagesordnung: siehe Seite 12

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Olympia in Hamburg“ hat die (mediale) Öffentlichkeit und die politischen Diskussionen erfasst. Das Parlament hat gerade eine Gesetzesänderung beschlossen, wie ein Referendum aus der Bürgerschaft heraus aussehen soll. Die Abgeordneten der SPD-, Grünen- und CDU-Fraktion haben nach langem Ringen eine Lösung gefunden, mit der auch die Interessen des Initiativrechts der Bürgerinnen und Bürger zu einem Volksentscheid Berücksichtigung finden.

Nun können Volksbefragungen auch zu Olympia initiiert und zur Abstimmung im November - neben dem Olympiareferendum aus der Bürgerschaft - gestellt werden. Gleichzeitig soll eine Verbindlichkeit von Referenden gelten: Für die Dauer der Legislatur - mind. aber von drei Jahren - soll das Votum der Bürgerinnen und Bürger gelten.

Interessant wird nun sein, welche Gegenkampagnen ins Leben gerufen werden.

„Olympia“ ist ein Thema, das die Gemüter bewegt. Und sei es, dass den Menschen das sportliche Großereignis gleichgültig oder ein Dorn im Auge ist.

Die Partei ist nun angehalten, zweierlei zu tun: Zum einen wollen wir gut informiert sein - zum anderen wollen wir die kontroverse Debatte „Olympia: Pro/Contra“ führen.

Hierzu hat unser Bürgerschaftsabgeordneter Uwe Giffel in der letzten Ausgabe der *Steifen Brise* den Auftakt gemacht, auf den folgenden Seiten folgen nun zwei Genossen von „der Basis“.

Wir werden die Debatte fortführen. Mit Expert/innen, Diskussionsbeiträgen sowie Debatten im Vorstand und mit den Mitgliedern.

Daher: Diskutiere mit!

Mit herzlichen Grüßen

Eure

Steife Brise-Redaktion

Aktuell:

Anträge *in progress*

Wir in E-Süd haben uns vorgenommen, wieder aktiver in die inhaltliche Arbeit einzusteigen. In zweieinhalb Jahren finden die Bundestagswahlen statt, und die SPD wird dann wieder den Versuch unternehmen, die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass wir mehr sind als ein kleiner Koalitionspartner und Ideen haben, die deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger ansprechen als in den letzten Jahren.

Im Arbeitskreis Anträge haben wir uns auf unterschiedliche Themen verständigt, die alle auch persönlichen Interessen entsprangen. Wir wollen uns die nächsten Wochen befassen mit:

- **Wohnungsbaupolitik**, Schwerpunkt: ausreichender sozialer Wohnungsbau und erschwingliche Mieten.
- Gerechte und auskömmliche **Steuerpolitik**, Schwerpunkt: Erbschaftssteuer.
- **Familien- und Beschäftigungspolitik**, Schwerpunkt: Wie sieht eine familienfreundliche Arbeitswelt von morgen aus.
- **Russland/Ukraine**: Ist eine Korrektur der bundesdeutschen Außenpolitik notwendig?
- **Olympia**: Pro/Contra-Argumente & was kommt nach dem Referendum.

Der Arbeitskreis Anträge trifft sich am 18. Juni. Dann wollen wir die Entwürfe diskutieren und für die Mitgliederversammlung am 30. Juni vorbereiten. Die Anträge werden anschließend per Email-Umlauf an die Genossinnen und Genossen in E-Süd versandt (ein Postversand wäre aufwändig - hier verweisen auf die Tischvorlagen auf der Mitgliederversammlung, bei Bedarf: Bitte beim Vorsitzenden melden, wir schicken die Anträge dann per Post individuell zu).

Die Mitgliederversammlung am 30. Juni wird die Anträge debattieren und abstimmen, damit sie auf der Kreisdelegiertenversammlung Ende August entsprechend befasst werden können. Ziel ist der Landesparteitag am 19. September und dann (ggf.) der Bundesparteitag Ende des Jahres.

Olympia-Debatte: Teil II

2 Genossen sagen ihre Meinung

Unser Bürgerschaftsabgeordneter Uwe Giffei äußerte sich in der Steifen Brise im April positiv zu „Olympia“ in Hamburg und eröffnete mit seinem Beitrag eine Debatte, die wir im Kreis und im Distrikt weiter führen wollen.

In der vorliegenden Ausgabe nehmen zwei „einfache“ Mitglieder unseres Distrikts zu Uwes Beitrag und der Aussicht Stellung, dass die Olympischen Spiele 2024 bzw. 2028 in Hamburg stattfinden könnten.

Der Genosse Michael Schaaf schreibt:

Die ursprüngliche olympische Idee, die Jugend der Welt zur gemeinsamen Entfaltung von Körper und Geist im Dienste der Völkerverständigung zusammen zu bringen, ist in ihr Gegenteil verkehrt worden. Spätestens als die US-Regierung 1980 einen Boykott der NATO-Staaten gegen die Spiele in Moskau durchsetzte, war Olympia als kulturelles Kampffeld weitgehend im Zentrum der weltweiten Systemauseinandersetzung angekommen. Mit den darauf folgenden Spielen 1984 in Los Angeles begann der systematische Umbau der bisherigen Amateurfestspiele zu einer globalen Marketingplattform. Profisportler wurden als menschliche Werbeflächen zugelassen. Das *International Olympic Committee* wurde unter der Leitung seines langjährigen Präsidenten Juan Antonio Samaranch (zuvor Sportminister des Franco-Regimes in Spanien) zu einer höchst profitablen Vermarktungsagentur, der heute kaum eine korrupte Erpressung zu niedrig ist, um die eigenen Gewinne und den Tauschwert ihrer Werbepartner zu steigern. Gegenüber den Gastgeberstädten („host cities“) tritt diese parasitäre Organisation geradezu diktatorisch auf. Soweit sich dem unterworfen wird, führt dies städteplanerisch zu einem neoliberalen Ausnahmezustand, dessen Auswirkungen jüngst besonders drastisch an der zugespitzten Gentrifizierung noch der letzten Ecken Londons rund um die Spiele 2012 zu beobachten sind. Kulturell propagieren diese dopinggetriebenen modernen Gladiatorenkämpfe das Gegenteil von „fair play“ und Breitensport. Und nicht zuletzt sind die Olympischen Spiele seit Ausrufung des „war on terror“ auch immer wieder ein Showcase für die jeweils aktuellen High-Tech-Produkte der Sicherheits- und Überwachungsindustrie.

Warum Olympia in Hamburg?

Mit technokratischem „gutem Regieren“, das auch der neue „Rot-Grüne“-Senat verspricht, sind die wirklichen Entwicklungsherausforderungen der Stadt in den Bereichen Bildung und Kultur, Soziales und Gesundheit sowie nicht zuletzt Wohnungsbau, Infrastruktur und Mobilität unter den Bedingungen der dogmatischen Anbetung der „Schuldenbremse“ (die ja nicht nur eine weitere Kreditaufnahme des Staates verbieten, sondern auch mit der Tabuisierung jeglicher Einnahmeerhöhung durch Besteuerung großer Vermögen und Einkommen verbunden sein soll) nicht positiv beantwortbar. Dagegen hat sich stadtweit in den letzten Jahren zunehmend Widerstand organisiert.

Gleichzeitig sitzt dem Senat das vereinigte Wirtschaftslobbyistenum der Metropolregion (allen voran die Handelskammer, die in Hamburg nicht die Masse der Gewerbetreibenden, sondern die hegemonialen Interessen einiger weniger Großunternehmen vor allem aus dem Finanz-, Logistik- und Medienbereich vertritt) im Nacken, die Bevölkerungsstrukturpolitik zur Bereitstellung hochqualifizierter williger Arbeitskräfte im Sinne der „Wachsenden Stadt“ weiter voranzutreiben. Dafür seien „Zuversicht“ und „Gemeinschaftssinn“ erforderlich, die jetzt durch die Olympia-Kampagne verordnet werden.

Internationale Solidarität statt globalem Kommerz

Dabei können selbst die aktuellen Umfrageergebnisse bei genauerer Betrachtung nicht verschleiern, dass den konkreten Versprechungen hinsichtlich des tatsächlichen Nutzens für die Bevölkerung sowie der Kosten für den städtischen Haushalt schon jetzt verbreitet mit Skepsis begegnet wird. Sowohl die negativen Erfahrungen der Vergangenheit (insbesondere mit der Elbphilharmonie) als auch erste Erfolge sozialer Bewegungen (Studien- und Kitagebühren, Rekommunalisierung der Energieversorgung, Verhinderung von Uni-Verlagerung und Seilbahn, usw.) legen nahe, dass eine Alternative zur Standort- und Austeritätspolitik notwendig und möglich ist. Dabei geht es nicht nur um „Olympia - nicht mit uns“ sondern um eine echte Trendwende hin zu einer neuen Politik für Alle, durch Alle. Das hat eine weltweite Dimension. Als Bewerber für die Olympischen Sommerspiele 2024 sind neben Hamburg noch Boston, Paris und Rom im Rennen. Wenn es gelingt, von all diesen Orten aus dem neoliberalen Ausnahmezustand dieser Spiele eine Absage zu erteilen, so wäre das eine starke Setzung gegen die IOC-Marketingmaschinerie und die versammelten kulturellen Dogmen, die mit diesem Event verbunden sind. Hier gilt es, im Sinne wirklicher internationaler Solidarität voneinander zu lernen und weltweit für Frieden, soziale Verbesserungen und kulturelle Entfaltung zu streiten, die ohne Olympische Spiele deutlich besser zu erreichen sind.

Aus diesen Gründen sollten wir uns gegen eine Bewerbung Hamburgs für die Ausrichtung der Olympischen Spiele aussprechen.

Text: Michael Schaaf (Genosse aus E-Süd)

Der Genosse Julius Krause schreibt:

Vorab: Dies ist keine Stellungnahme gegen Olympia, sondern eine Aufforderung an unseren neu gewählten Bürgerschaftsabgeordneten, Olympia besser zu begründen.

„Kritiker sind Schweine!“ - das ist zusammengefasst die Aussage des Pro-Olympia-Public-Relations-Pamphlet von Uwe Giffei (aus der Brieze 04/2015). So hätte er das nicht gemeint? Zugegeben, hier ist nicht von gewöhnlichen Schweinen die Rede. Um genau zu sein, nennt er potentielle Kritiker vorsorglich „Trüffelschweine im Auffinden von Problemen“. Im Klartext, die Probleme seien selten und träten erst zutage, wenn tief danach gegraben würde. Genau das tun Trüffelschweine - und genau darum stimmt das Gleichnis nicht: Kritiker müssen nicht tief graben. Mögliche Kritikpunkte an Olympia sind relativ offensichtlich - und auf Olympia folgende Probleme keinesfalls selten. Uwe benennt zwar wage einige Gründe, skeptisch zu bleiben, und fragt, ob „die Kosten kontrollierbar“ seien. Er wischt Zweifel dann aber unbegründet hinweg. Ohne Fakten, ohne Kosten-Nutzen-Erwägung, ohne Gutachten, sollten wir es uns doch einfach „zutrauen“, verkündet Uwe: „eine Stadt voranbringen“, „neue Wege finden“, „komplexe Probleme... lösen“. Aus dem Wörterbuch des Blenders - so wird verantwortungsvolle Politik gemacht? Wer da nicht mitgehe, vermutet Uwe in vollendeter Olympia-Euphorie, leide an einem „fatalistischen Pessimismus“. Dazu aber sehe er „keinen Anlass“.

Verkehrte Welt, denn Anlass zu hinterfragen gibt es genug. Tatsache ist, dass schon bei ‚einfachen Großprojekten‘ die Kosten regelmäßig erheblich höher ausfallen, als veranschlagt. Eine Überschreitung der Olympia-Bewerbungskosten ist absehbar: 50 Mio. Euro für die Bewerbung 2024. Dabei ist der Zuschlag für Hamburg allenfalls für 2028 realistisch, so die Einschätzung der meisten Fachleute. Nicht zu bezweifeln ist, dass der schon jetzt sehr ‚hochwertige‘ Standort Hamburg durch Olympia merklich teurer wird (für Spekulanten: „attraktiver“). Keine der letzten Austragungsorte konnte etwas Gegenteiliges vorweisen. Tatsache ist ebenso, dass alle sozialdemokratischen - und anderen - Regierungen deutscher Großstädte daran gescheitert sind, gegen sehr hohe und stark steigende Preise bei Mieten und Eigentum von Immobilien vorzugehen - auch ohne Olympia. Die Situation in Hamburg, München und Düsseldorf (alle SPD-regiert) zeigt dies eindrücklich. Gentrifizierung, die Verdrängung ärmerer Bevölkerung, ist die Folge. Dieser Effekt wird durch Olympia deutlich verstärkt.

Wer Olympia nach Hamburg holen möchte, muss die Bevölkerung dieser Stadt mit auf den Weg nehmen. Wer keine 2/3 Gesellschaft festigen möchte, braucht mehr als die Zustimmung von 65 Prozent. Nicht gebraucht werden hohle Argumente, die die Quadratur des Kreises vorgaukeln und die Betroffenen für ‚dumm verkaufen‘: Das fördert nicht Zustimmung, sondern Ablehnung. Laut Armutsbericht sind fast 17 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger massiv von Armut bedroht. Im reichsten Bundesland der Republik steigt die Zahl der Armen am stärksten. Wer dennoch wie Uwe pathetisch „Stadtgeschichte“ schreiben möchte, muss durch eine aktive und bedeutend

erweiterte Sozialpolitik zeigen, wie die sozial-ökonomischen Nachteile Olympias vorab kompensiert werden: Verdopplung des sozialen Wohnungsbaus, Aufstockung und Ausweitung der Mietbeihilfe (mit Olympia-Bonus), Begrenzung von Investitionsumlagen bei Miethäusern auf die Amortisationszeit, Besteuerung von Wiederverkaufsgewinnen von Immobilieneigentum auch nach der Spekulationsfrist (oder Olympia bedingte Verlängerung der Spekulationsfrist), absolute Kappungsgrenzen für Mietpreissteigerungen - auch bei Neuvermietungen (zumindest bis 4 Jahre nach Olympia). Nur so kann (im Ansatz) sichergestellt werden, dass sich die Freude über Olympia als „wunderbares Fest des Sports“ nachhaltig nicht nur bei ‚Pfeffersäcken‘ und Spekulanten einstellt.

Verwunderlich ist schon, wie der Abgeordnete unkritisch Olympia das Wort redet. Nominiert ob seiner sozialpolitischen Kompetenz, erscheint sein Beitrag hier (ignorant) der Vorlage einer Presseabteilung oder der Imagebroschüre eines Lobbyisten zu folgen. Überreden statt zu überzeugen?! Das geht besser!

Text: Julius Krause (Genosse aus E-Süd)

Mit diesen Beiträgen geht die Debatte um „Olympia“ in die zweite Runde - nun seid ihr, liebe Genossinnen und Genossen, wieder aufgefordert, zur Feder zu greifen und Pro & Contra-Kommentare, Anregungen und Anmerkungen zu verfassen.

Wir sind gespannt!

Eure Steife Brise Redaktion

Analyse: UK Wahlen - und die Lehren für die Sozialdemokratie

Beginnen wir mit der Analyse der Fakten. Das britische Wahlsystem ist aus deutscher Sicht irritierend: Alle 650 Sitze des **House of Commons** werden über Direktmandate gewählt. Dabei gilt: *The winner takes it all*. So gewann Labour rund 30% der Gesamtstimmen, erlangte aber 232 Abgeordnete, rund 35% des Parlaments, über die Wahlkreise (2010: 258 Sitze). Der Wahlsieger, die Tories, konnte 37% der Stimmen holen und erzielte damit sogar eine absolute Mehrheit mit 330 Abgeordneten (2010: 306). Noch absurder wirken die Ergebnisse der kleineren Parteien: Der schottischen (Regional-)Partei SNP (*Scottish National Party*) reichten knapp fünf Prozent aller Stimmen in Großbritannien, um damit 56 Sitze (8,6% des Parlaments) zu erlangen. Der vormalige Koalitionspartner der Tories, die *Liberal Democrats*, endete als größter Wahlverlierer: knapp acht Prozent der Stimmen bedeuteten nur acht Sitze im Parlament (2010: 23% und 57 Sitze). Auf die rechtsnationale Partei UKIP entfielen (bemerkenswerte) 12,6%, jedoch reichte das gerade mal zu einem Unterhaussitz. Damit errungen sie genauso viele Sitze wie die britischen Grünen, denen dazu jedoch vier Prozent Wählerstimmen langten.

Die **Umfragen zur Wahl** sagten einen knappen Wahlausgang voraus und prognostizierten erneute Koalitionsverhandlungen. Die Wählerinnen und Wähler (66% Wahlbeteiligung) entschieden sich jedoch überraschend deutlich für die Konservative Partei, auch weil viele Kurzenschlossene am Ende das Original und nicht die rechtsnationale, EU-kritische UKIP wählten. Hinzu kam, dass aufgrund der guten Aussichten für einen Regierungswechsel in Westminster viele Schotten ihre Stimme der sozialdemokratischen Alternative zu Labour gaben: der SNP, die in nahezu allen Wahlkreisen in Schottland Labour überbieten konnte. SNP sollte der starke Koalitionspartner der Sozialdemokraten werden.

Für viele Kurzenschlossene war am Ende des Wahlkampfes ein wichtiger Aspekt der konservativen Kampagne entscheidend: Die Tories rührten an den Urängsten der Briten und warnten vor einem „**Linksruck**“ durch eine mögliche Labour-Regierung. Die „große Erzählung“ der Konservativen lautete, sie seien die Partei, die das Land mit Mühe und Not aus dem Sumpf zog, in den Labour sie unter Tony Blair gebracht habe. Die Sozialdemokraten konnten diese Sichtweise in den letzten Jahren nicht ausreichend entkräften. Die bittere **Ironie der Geschichte** ist: Nun, da die Tories ohne ihr Korrektiv, dem liberalen Koalitionspartner, schalten und walten werden, drohen weitere soziale Einschnitte, Ausgabenkürzungen und Privatisierungswellen. Großbritannien steht vor einem weiteren Schritt in eine markradikale Gesellschaft, die von noch mehr sozialen Ungleichheiten begleitet sein wird. Keine schönen Aussichten für viele Briten.

Nützliche Hinweise auch für die deutschen (und andere europäische) Sozialdemokraten bringt allerdings erst eine tiefergehende Ursachenanalyse zutage. **Seit den 1960er/70er** Jahren beobachten wir in Europa einen anhaltenden Prozess der Deindustrialisierung, der marktliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sowie der Entwertung von (vielen) Beschäftigungsverhältnissen. Hinzu kommen zunehmende Migrationsbewegungen. Auf der Verliererseite stehen die klassischen (und ehemaligen) Arbeiterschichten, die teilweise ersetzt bzw. ergänzt wurden von einer großen Anzahl an „einfachen“ Dienstleistern, die sich wiederum mit ganz ähnlichen „prekären“ Lebenssituationen auseinandersetzen müssen.

Blair/Schröder und Co. versuchten diese Entwicklungen in den 1990ern und 2000ern zu „versozialdemokratisieren“ - das Ziel war, bessere Chancen für alle zu erreichen, um in einer Gesellschaft, die härter und individualistischer wird, bestehen zu können. Gleichzeitig wurde der Druck auf diejenigen erhöht, die nicht bereit seien, sich den Bedingungen des Marktes anzupassen (und traf damit auch diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen dazu nicht in der Lage waren/sind). Hinzu gesellte sich der unbedingte Glaube daran, dass ein entfesselter Markt der Gesellschaft, damit also auch dem öffentlichen Sektor und den (staatlichen) Infrastrukturen, nützlich sein werde: zu finanziellen Entlastungen führe und damit zur „Generationengerechtigkeit“ (Stichwort: „Schuldenbremse“) beitrage.

Der „Ökonomisierung“ vieler, wenn nicht aller gesellschaftlicher Teilbereiche sollte ein freundlicherer, sozialer Anstrich verpasst werden. **Das Problem war und ist heute jedoch:** Zum einen unterschätzten die „Neue-Mitte“-Sozialdemokraten die Macht und die Unersättlichkeit des Marktes (hohe Renditeforderungen, grenzenlose Privatisierungsbestrebungen, ein Unterminieren öffentlicher, also gesellschaftlicher Einrichtungen oder ein nicht enden wollender Konsumrausch) - zum anderen ist es häufig trotz Einsicht zu spät (gewesen), dem Trend der Marktliberalisierung entgegenzuwirken.

Wohin führt aber nun der Weg der Sozialdemokraten? Interessant ist nicht nur der Blick nach Großbritannien („Austeritätspolitik light“ ist keine Alternative), sondern auch nach Spanien. Bevor der geneigte Leser nun die Hände über den Kopf schlägt - „Hör mir auf mit diesen Linkspopulisten“ -, sollten wir den Ausführungen des Sprechers von *Podemos* Aufmerksamkeit schenken. Pablo Iglesias Turrion weist auf ein grundlegendes Problem der (Wahl-)Bevölkerung hin, dass für viele westeuropäische Gesellschaften zutrifft und zunächst einmal wenig mit „Populismus“ zu tun hat: Viele politisch engagierten Menschen - einschließlich Sozialdemokraten - erkennen die gegenwärtigen Probleme der Gesellschaften und die Makel der Wirtschaftsordnung, nur fällt es ihnen schwer, diese so klar auszusprechen, so dass der „einfache“ Bürger sie versteht. Auch viele politisch Engagierte können die Textbuchpassagen aus dem „Kapital“ oder Begriffe aus einer anderen Zeit (*Stamokap* et al.) nicht mehr hören und wenden sich ab.

Außerhalb der politischen Welt unterscheiden viele nicht mehr zwischen „links“ und „rechts“. Und dennoch zeigen Studien, dass sich die meisten Briten wie Deutschen für „linke“ Themen interessieren: Wie hoch sind die Lebenshaltungskosten, was steht mir im öffentlichen Raum zur Verfügung oder welche Rechte als Arbeitnehmer habe ich? *Podemos* spricht die Sprache vieler Leute - und bezieht gleichzeitig Initiativen und Bürgergruppen in ihre Arbeit ein. Hinzu kommt: Inhaltlich macht *Podemos* einen Aspekt deutlicher, als es zurzeit Sozialdemokraten wagen zu tun: die Forderung nach einer Erhöhung der staatlichen (Steuer)Einnahmen (v.a.: Unternehmens- und Reichensteuer).

Autor: Oliver Tredde

Termine

Distriktsvorstand

Di, 2.6., 20 Uhr
Kreishaus, 4. Stock

Sommerfest E-Süd mit Niendorf und Lokstedt (siehe auch letzte Seite!)

Sa, 13.6., 15 Uhr bis open end
Ort: Eintracht Lokstedt, Dörntwiete, Bus: 181 (Max-Tau-Str.)

AK Anträge

Do, 18.6., 20 Uhr
Kreishaus, 4. Stock

Veranstaltung (zusammen mit HaRo): Russland/Ukraine

Di, 23.6., 20 Uhr
Kreishaus, 5. Stock
Gast: Niels Annen, MdB, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Mitgliederversammlung (Tagesordnung siehe Seite 12)

Di, 30.6., **19:30 Uhr**
Kreishaus, 5. Stock

Distriktsvorstand

Di, 7.7., 20 Uhr
Kreishaus, 4. Stock

Sommerpause

Kontakte im Distrikt E-Süd

Distriktsvorsitzender

Oliver Trede

Email: tredeo@web.de

Tel.: 40195363

Stellv. Vorsitzende

Merle Vetterlein

Email: merlevetterlein@web.de

Kassiererin

Kristin Biesenbender

Email: kristin.biesenbender@web.de

Tel.: 46 06 94 90

Orga-Leiter

Pogo Pogorelec

Email: c.pogo@gmx.de

Arbeitskreis Grundsatzfragen & Anträge

Uwe Giffei

Email: ugiffei@web.de

Jusos

Zarif Ashraf

Email: zarif-ashraf@hotmail.de

Moritz Altner

Email: moritz.altner@gmx.de

Geburtstagswünsche

*Wir gratulieren zum Geburtstag im
Mai/Juni und wünschen viel Gesundheit:*

Tomasz Boczula, Christoph Reuß, Dominik Groß, Moritz Pottek, Julia Bockelmann, Antje Erdmann, Sylvia Lipiec, Henning Schuckmann, Gerald Dehlow, Volker Bruns, Pavel Golubev, Darren Grundorf, Dirk Enzmann, Claudia Brand, Günter Karl, Max Niklas Kaiser, Monika Sauter, Jörg Tresp, Rudolf Schulmeister, Thomas Henning, Matthias Müth, Carsten Rethwisch, Kenan Mujkic, Merlin Singhoff-Struckmeyer, Daniel Bettermann, Joachim Betz, Michael Stöger, Ralf Deppe, Nina Lund, Kim-Aranya Reimers, Juergen Kalitzky, Sven Neuwerk, Lutz-Armin Krawinkel, Georg Stucke, Frank Plümer, Wolfgang Schum, Mohammed-Fahmy Diraz, Delia Sabrina Asensio Juarez, Daniel Hundt, Hannelore Wirth-Vonbrunn, Sebastian Harms, Frank Fock, Klaus Tödter, Nick Alexander Jansen, Uwe Giffei, Thomas Bewilogua, Steven Pamer, Jan-Henning Sommer, Anne Schum, Guido Sempell, Ingrid Nümann-Seidewinkel, Leyla Emanet-Taskan, Marek Tietjen, Jakob Schemmel, Johannes Schneider, Elk Heise, Selver Vatandas, Nanje Teuscher, Bruno-Fr. Müller, Alexander Nienhaus, Eckhard Lieb, Kristina Junginger, Tim Paetzold, Christoph Koch, Martin Büttner

Steife Brise

Redaktion:
Oliver Trede &
Kristin Biesenbender

SPD-Distrikt Eimsbüttel-Süd
Helene-Lange-Str. 1
20144 Hamburg

Vertrieb: Per Email oder Post

Druck: Copycardo, Aufl.: 140

www.spd-eimsbuettel-sued.de

Aussicht

Kreisdelegiertenversammlung: 27. oder 28. August - bitte vormerken!

Kinderfest (zusammen mit Altona-Nord): Sonntag 6. September, 14-18 Uhr

Landesparteitag: Samstag 19. September

Laternenumzug: Dienstag 3. November

Klausurwochenende Hitzacker: 13.-15. November

Einladung Mitgliederversammlung

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Aktuelles
3. Anträge
4. Verschiedenes

Tag: 30. Juni 2015

Uhrzeit: **19:30 Uhr**

Ort: Kreishaus, Helene-Lange-Straße 1, Karl-Fleischer-Saal (5. Stock)

Sommerfest

der Distrikte E-Süd, Niendorf, Lokstedt

Ort: Vereinsheim Eintracht Lokstedt
(Dörntwiete 2, Bus: 181, Max-Tau-Str.)

Samstag, 13. Juni 2015, 15 Uhr bis open end

Grillen & Diskutieren
Kinderspiele & Fußball

Grillen/Salate etc. frei, Getränke selbstzahlend

Anmeldung bitte bis 9.6. bei: tredeo@web.de oder telefonisch